Stand: 16.12.2025 10:50:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16670

"Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16670 vom 28.04.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17498 des GP vom 22.06.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/17638 vom 06.07.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.04.2017 Drucksache 17/16670

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine unabhängige Ombudsstelle für Umwelterkrankte zu schaffen. Diese sollte eine Anlaufstelle für die Anliegen der Betroffenen und Angehörigen sein. Sie sollte auch bei Meinungsverschiedenheiten vermitteln und zwischen den diversen Akteuren (Betroffene, Arbeitgeber, Akteure im Gesundheitswesen etc.) auf eine Streitschlichtung hinwirken.

Begründung:

Bis heute fehlt den Umwelterkrankungen in Deutschland die allgemeine wissenschaftliche und rechtliche Anerkennung. Die Situation für die umweltkranken Menschen ist erschreckend: Menschen mit der Diagnose MCS (Multiple Chemical Sensitivity), CFS (Chronic Fatigue Syndrom), SBS (Sick-Building-Syndrom) oder anderen Umwelterkrankungen (z.B. Amalgamintoxikation) werden in unserer Gesellschaft in aller Regel nicht ernst genommen. Diese Problematik wurde zuletzt auch in den Medien deutlich, als beim Einsatz der Sprengstoffdetektoren am Flughafen München Geräte des Typs "Itemiser" gesundheitliche Auswirkungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgelöst haben.

Es wird geschätzt, dass zurzeit über 7 Mio. chemische Verbindungen existieren und dass jedes Jahr mehr als 25.000 neue Stoffe dazukommen. Über 50.000 davon befinden sich im täglichen Gebrauch. Solche krankheitsauslösenden Stoffe wie z.B. Holzschutzmittel, Autoabgase, Pestizide, Insektizide, Düngemittel, chemische Rückstände und Schwermetallionen aus dem Trinkwasser oder aus Amalgamfüllungen sowie Zusatzstoffe aus der Nahrung wie Konservierungsstoffe, Farbstoffe, Bindemittel, Aromastoffe können

deutliche Abweichungen im zellulären Energiestoffwechsel und in der körperlichen Immunreaktion, bis hin zu einer Blockade hervorrufen. Daher ist die Identifizierung, ein entsprechender Abbau und die Ausleitung dieser krankheitsauslösenden Stoffe von entscheidender Bedeutung für die stoffwechsel- und immunologische Entlastung bei chronischen Umwelterkrankungen wie Multiple Chemical Sensitivity (MCS), Chronic Fatigue Syndrom (CFS) und Fibromyalgie.

gegenwärtige Situation der Betroffenen in Deutschland zeigt grundlegende Defizite bei der Anerkennung von Umwelterkrankungen auf. Aufgrund mangelnder diagnostisch-therapeutischer Erfahrungen und Erforschung von Umwelterkrankungen werden diese Patientinnen und Patienten leider öfters psychiatrisiert und wandern über Jahre von einer Therapiestätte zur anderen, bis nach Jahren die Diagnose einer Umwelterkrankung gestellt wird. Während bis zur richtigen Diagnose die Erkrankung voranschreitet, weil sie letztlich gar nicht geeignet behandelt wurde, beginnt mit der Diagnose der Umwelterkrankung der Kampf um die Anerkennung der Erkrankung durch die sozialen Sicherungssysteme. Die Realität ist leider so. dass den Betroffenen ihre Anerkennung und die staatliche Unterstützung fehlt, obwohl theoretisch ihre Ansprüche, die den umwelterkrankten Betroffenen gegenüber dem Staat, der Gesellschaft und den Verursachern zustehen, unstrittig sein sollten.

Anspruch auf Schadensersatz gegenüber den Verursachern, soweit diese bekannt sind, oder auf Bestrafung der verantwortlichen Täter durch das Strafrechtssystem können so gut wie gar nicht rechtlich durchgesetzt werden. Die zahlreichen Prozesse im Bereich des zivilen Schadensersatzrechts und vor Sozial- und Verwaltungsgerichten scheitern immer wieder an denselben Gründen: Einzelprozesse sind für den Betroffenen zu teuer und zu risikoreich, es fehlt an qualifizierten Gutachterinnen und Gutachtern, Beweise sind vernichtet; Ansprüche sind verjährt; Schadensersatzansprüche aus Deliktsrecht verlangen einen Nachweis des Verschuldens, welcher in der Regel für den Betroffenen alleine schwer zu führen ist. Nicht zuletzt sind die Umwelterkrankungen in der deutschen medizinischen Forschung nicht anerkannt, da es an wissenschaftlicher Erforschung mangelt.

Eine Ombudsfrau oder ein Ombudsmann würde als eine unparteiische Schiedsperson nicht nur zwischen den Betroffenen vermitteln, sondern auch helfen, den Umwelterkrankungen mehr Gewicht zu geben und schließlich mehr Aufmerksamkeit für diesen wichtigen Bereich zu schaffen.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.06.2017 Drucksache 17/17498

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/16670

Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Ulrich Leiner
Mitberichterstatterin: Carolina Trautner

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 9. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

 Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 1. Juni 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

 Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 160. Sitzung am 22. Juni 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner

Vorsitzende



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.07.2017 Drucksache 17/17638

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/16670, 17/17498

Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

bed		

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Saubere Energie für alle Europäer

COM (2016) 860 final BR-Drs. 738/16

Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Α

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie COM (2016) 763 final

BR-Drs. 811/16

Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

Anlage 1
zur 107. Vollsitzung am 6. Juli 2017

3.	Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Forschung und Technologie: Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlichöffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020 27.01.2017 – 30.04.2017 Drs. 17/16273, 17/17473 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
4.	Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr 23.01.2017 – 23.04.2017 Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]					
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		
5.	Beteiligung am Konsul Allgemeine und berufli Öffentliche Konsultatio 28.02.2017 – 31.05.20 Drs. 17/16310, 17/174	che Bildung, Jugend: on zu Erasmus und Vo 017	•			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,

Dr. Martin Huber u.a. CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und

Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche,

COM (2017) 257 final;

BR-Drs. 400/17

Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		A

Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017 (Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBI. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch) PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke und übersteigen zugleich das technisch Mögliche Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

11.	Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner,
	Ruth Waldmann u.a. SPD
	Außenwerbeverbot für Tabakwaren
	Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen für Mieterstrommodelle jetzt einführen Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
 Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

17.	Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,

zur 107. Vollsitzung am 6. Juli 2017

	Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zeitliche Mindesterreichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen Drs. 17/16620, 17/17496 (A)			
	Votum des federführe Gesundheit und Pfleg	nden Ausschusses für e		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	Z	
21.	Ruth Müller u.a. SPD Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärker Drs. 17/16654, 17/17497 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GIVO
	A			

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

SPD

Α

Votum des federführenden Ausschusses für

Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

CSU

Α

Umwelt und Verbraucherschutz

Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt

FREIE WÄHLER

Z

GRÜ

Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen

Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

26.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
	Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
	Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.